

Liebe Leserin, lieber Leser,

es gibt Neues aus dem Landtag und dem Wahlkreis!



Heute im Newsletter:

- **Mein Standpunkt:** Wehrdienst in Deutschland
- **Aus dem Wahlkreis:** Ständig Stau auf der A4: Was ist da los? Und wann hat es endlich ein Ende?
- **Aus dem Plenum:** Gemeindefinanzierungsgesetz 2026 / Mehr Fachkräfte im Transportsektor
- **Neues auf Social Media:** Philipp Ziegengeist erhält Landespreis beim Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten



Durchschnittliche Lesedauer: 5 - 10 Minuten

Mein Standpunkt:

Wehrdienst in Deutschland

Erstmals fand am 04.09.2025 ein feierliches Gelöbnis der Bundeswehr vor dem Landtag NRW statt.



Bis 2035 soll die **Zahl der aktiven Soldaten von 183.000 auf 260.000** steigen. Eine **reine Berufsarmee** war und ist für unser Land **nicht realistisch**. **Deshalb bin ich überzeugt, dass der Wehrdienst ein unverzichtbarer Bestandteil unserer Sicherheitsarchitektur ist.**



Die Bundeswehr ist im Grundgesetz als Streitkraft verankert, deren **Hauptaufgabe die Verteidigung des Landes ist**. **Verteidigung darf jedoch nicht allein Aufgabe weniger Berufssoldaten sein.** Schon heute erbringt die Reserve

einen erheblichen Teil der Leistung. Diese Reservebasis lässt sich aber nur sichern, wenn regelmäßig junge Menschen ausgebildet werden.



👊 Diese Überzeugung hat mich 2009 dazu gebracht, Wehrdienst zu leisten, obwohl ich dazu nicht verpflichtet gewesen wäre, da ich seit meiner Jugend bei der Freiwilligen Feuerwehr aktiv bin. Dennoch habe ich mich bewusst für einen 9-monatigen Dienst bei der Bundeswehr entschieden – zu einer Zeit, in der der Wehrdienst alles andere als populär war. Die Erfahrung hat mir nicht nur persönlich gefallen, sondern auch gezeigt, wie wichtig es ist, dass junge Menschen die Bundeswehr und ihre Möglichkeiten direkt kennenlernen. Anfangs wollten nur wenige Rekruten länger als die Pflichtzeit dienen. Am Ende war es genau umgekehrt: Viele entschieden sich, zu verlängern oder ganz einzusteigen. Das zeigt: **Wehrdienst stärkt nicht nur die Verteidigungsfähigkeit, sondern baut Vorurteile ab und wird zugleich zu einer wichtigen Nachwuchsquelle für die Bundeswehr.**

✅ Langfristig wäre ein allgemeines Dienstjahr für alle Bürgerinnen und Bürger das beste Modell. Männer wie Frauen sollten gleichermaßen verpflichtet sein, entweder Wehrdienst zu leisten oder in sozialen Diensten, im Katastrophenschutz oder in weiteren gesellschaftlichen Bereichen mitzuwirken. Politisch ist ein solches Modell jedoch derzeit nicht durchsetzbar, da es eine breite Mehrheit erfordern würde.

✅ Realistischer ist daher die Rückkehr zur klassischen Wehrpflicht, die mit einem einfachen Bundesgesetz beschlossen werden könnte. Der jüngst vorgelegte Gesetzentwurf zur Modernisierung des Wehrdienstes (WDMoG) geht in die richtige Richtung. Allerdings fehlen meiner Meinung nach verbindliche jährliche Zielvorgaben für die Aufstockung der Bundeswehr mit Freiwilligen, deren Nichterreichen automatisch Schritte zur Einführung einer Wehrpflicht auslösen müsste.

✓ Hinzu kommt, dass nach der Aussetzung 2011 die Ausbildungskapazitäten massiv reduziert wurden. Deshalb erscheint eine sogenannte **Kontingentwehrpflicht sinnvoll: Schritt für Schritt könnten Kapazitäten wieder aufgebaut und die Wehrpflicht bedarfsgerecht gestaltet werden.**

#LuckeOpJück Aus dem Wahlkreis

**Ständig Stau auf der A4:
Was ist da los? Und wann hat es endlich ein Ende?**

Klicken Sie auf das Bild, um zum Video zu gelangen.



Den Ärger über den Stau kann ich sehr gut verstehen – wenn man selbst im Stau steht, aber auch die Anwohner, die durch den Ausweichverkehr belastet werden.

↓ Warum muss die Fahrbahn erneuert werden?

Die Fahrbahn der A4 ist in die Jahre gekommen. Würde der Fahrbahnabschnitt zwischen Köln-Merheim und Bergisch Gladbach-Bensberg jetzt **nicht saniert** werden, müsste die **A4 vollständig gesperrt** werden. Und das nur, weil einzelne Fahrbahnabschnitte wie dieser nicht verkehrssicher sind.

↓ Status quo

In **Fahrtrichtung Köln** wurden die Arbeiten auf diesem Abschnitt bereits Ende 2024 **abgeschlossen**. Es sind jedoch noch **Nacharbeiten erforderlich**, die erst **nach Abschluss der Gesamtmaßnahme** durchgeführt werden können.

Aktuell wird an der Fahrbahn in Fahrtrichtung Olpe gearbeitet. Witterungsbedingt konnten in den Wintermonaten hier keine Asphalteinbau- oder Betonarbeiten durchgeführt werden. Hierfür müssen es mindestens 5 Grad Celsius betragen und trocken sein. Diese Arbeiten haben sich daher auf das Frühjahr sowie die Sommermonate konzentriert. Stand jetzt befinden sich die Arbeiten mit größeren Verkehrseingriffen in der letzten Bauphase, es kommt jedoch insgesamt zu einer **Bauzeitverlängerung von ca. 4 bis 6 Wochen**. Dies liegt daran, dass **aktuell zusätzliche Leistungen mit ausgeführt werden**, die ursprünglich zu einem späteren Zeitpunkt als separate Baustelle geplant waren. Das bedeutet für uns: Ärgerlich, dass es länger dauert als Ende September. Aber: **Dadurch, dass die Bauzeit jetzt verlängert wird, wird eine größere Verkürzung in der Zukunft erkaufte**.

! Wichtig zu wissen

Seit dem 01.01.2021 ist nicht mehr das Land, sondern der **Bund** für die gesamte über 2.000 Autobahnkilometer in NRW **zuständig**. Gleichwohl bin ich überzeugt, dass die Planung und Umsetzung solcher Baumaßnahmen durchaus effizienter gestaltet werden können.

Aus dem Plenum

1 Gemeindefinanzierungsgesetz: Starke Kommunen für ein starkes NRW



“
Mit dem GFG 2026 schaffen wir
die finanzielle Basis dafür,
dass unsere Kommunen auch in den
kommenden Jahren Orte bleiben,
die Heimat, Sicherheit
und Perspektiven bieten.

Martin Lucke



Landtag Nordrhein-Westfalen

Foto: Ralph Sondermann

Unsere Städte, Gemeinden und Kreise sind die Orte, an denen Politik unmittelbar erfahrbar wird – von Schulen und Kinderbetreuung über Infrastruktur bis hin zu Kultur und Integration. **Die Herausforderungen für die Kommunen sind jedoch groß, insbesondere aufgrund steigender Sozial- und Personalkosten.**

Mit dem **Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG)** kommt das **Land NRW** seiner Verpflichtung nach, seine **Städte und Gemeinden im Rahmen seiner Leistungsfähigkeit zu unterstützen**. Das GFG 2026 sieht vor, dass Nordrhein-Westfalen im kommenden Jahr **23 Prozent seines Anteils an den Gemeinschaftssteuern an die Kommunen weitergibt**. Mit den insgesamt **16,45 Milliarden Euro** werden rund 684 Millionen Euro mehr als im Vorjahr zur Verfügung gestellt – ein **neuer Höchstwert**. Grundlage dieser Steigerung sind vor allem höhere Einnahmen aus Lohn- und Kapitalertragsteuern.

Trotz dieser Entlastung bleibt die finanzielle Lage vieler Kommunen

angespannt: Im Jahr 2024 überstiegen die Auszahlungen die Einnahmen um 6,84 Milliarden Euro. Hauptursache sind wachsende Sozialkosten, insbesondere infolge bundespolitischer Entscheidungen. **Das Land fordert daher dringend Reformen auf Bundesebene**, um eine gerechtere Verteilung der Soziallasten nach dem Prinzip „Wer bestellt, muss auch bezahlen“ zu gewährleisten.

Der überwiegende Teil der Mittel fließt als sogenannte Schlüsselzuweisungen an die Gemeinden und Kreise, um Unterschiede in der Finanz- und Steuerkraft auszugleichen. Für Investitionen in die Infrastruktur werden 2026 über die Pauschalzuweisungen voraussichtlich 1,42 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt, ergänzt durch 170 Millionen Euro für Instandhaltung. Bildung bleibt ein Schwerpunkt: Die Schul- und Bildungspauschale steigt auf über 871 Millionen Euro. Auch der Sport profitiert mit 75,1 Millionen Euro.

2 Mehr Fachkräfte im Transportsektor

Ohne Berufskraftfahrer kommt NRW zum Stillstand: In NRW werden mehr als 70 Prozent aller Güter über die Straße transportiert. Auch eine zuverlässige Personenbeförderung bedingt gut ausgebildetes Fahrpersonal. Die Branche ist Rückgrat für Wirtschaft, Mobilität und Versorgung. Doch **schon heute fehlen bundesweit bis zu 80.000 Berufskraftfahrer** – und die Lücke wächst. Viele Beschäftigte sind über 50 Jahre alt, zu wenig Nachwuchs rückt nach.

✓ Damit dieser Engpass nicht zur Gefahr für Wirtschaft und Gesellschaft wird, wollen wir die **Attraktivität des Berufs** unter anderem mit folgenden Maßnahmen **weiter stärken:**

- **Bessere Ausbildung:** Ausreichende Prüfungskapazitäten gewährleisten, Bürokratie abbauen, Ausbildungskosten senken, digitale Verfahren gemeinsam mit den Kommunen stärken und die Prüfungen ohne Absenkung der Qualitätsstandards vereinfachen.
- **Mehr Fachkräfte gewinnen:** Hürden für ausländische Bewerber abbauen und Qualifikationen schneller anerkennen.
- **Arbeitsbedingungen verbessern:** Mehr Stellplätze, bessere Sanitäreinrichtungen, moderne Rastplätze und faire Löhne.

Neues auf Social Media

Mit 13 Jahren mehrere Monate im Austausch mit Archiven, einem Historiker und unzähligen Stunden Literaturarbeit – und das Ergebnis: ein Landespreis! 🏆

Philipp Ziegegeist, Schüler am Otto-Hahn-Gymnasium Bergisch Gladbach, hat beim Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten Außergewöhnliches geleistet.

Klicken Sie auf das Bild, um zum Post zu gelangen.

